

A collage of newspaper clippings in various colors (red, purple, blue) with four people sitting on stacks of money. The people are a woman on the left, a man in the center, and two women on the right. The background is filled with text from various news articles, some of which are partially legible, such as 'shmen' and 'Military'.

EINKOMMENS VERTEILUNG

FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN





AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit
ist gekommen,
um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.

ARBEITERKAMMER.AT/100

#FÜRIMMER

VORWORT

Das wichtigste Leitmotiv der Arbeiterkammer – seit ihrer Gründung vor 100 Jahren – ist soziale Gerechtigkeit. Heute wie damals ist die AK die erste Anlaufstelle für Menschen, die in der Arbeitswelt Ungerechtigkeit oder Ungleichbehandlung erfahren.

Die AK ist ein wichtiger Schutzschild gegen die mit zunehmendem Druck vorgebrachten Interessen von Konzernen, Vermögenden und deren finanzkräftigen Lobbys. Als Interessensvertretung von fast vier Millionen arbeitenden Menschen sind wir unermüdlich im Einsatz für den sozialen Ausgleich in Wirtschaft und Gesellschaft. Die **faire Entlohnung für ArbeitnehmerInnen spielt dabei eine große Rolle**, denn eine hohe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen schwächt den Zusammenhalt und gefährdet die Demokratie.

Ohne die Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat wäre die Einkommensungleichheit in Österreich spürbar höher. Unkontrollierte Märkte sorgen für besorgniserregende Schieflagen bei den Einkommen. So lukrieren die Vorstände in börsennotierten Unternehmen heute etwa das 64-fache des mittleren Einkommens der ArbeitnehmerInnen. Rund 316.000 Menschen verdienen hingegen so wenig, dass sie trotz Erwerbstätigkeit als armutsgefährdet gelten. In Österreich ist es über die vergangenen Jahrzehnte besser als in den meisten anderen Industrieländern gelungen, einen hohen Lebensstandard für die breite Bevölkerung zu sichern. Dazu haben das umfassende Kollektivvertragssystem und der gut ausgebaute Wohlfahrtsstaat wesentlich beigetragen. Sie lindern die an den Märkten verursachte Ungleichheit und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch in Zukunft gilt es den erkämpften Wohlstand für alle zu verteidigen und den Wohlfahrtsstaat weiterzuentwickeln und auszubauen.

Denn Ungleichheit ist kein unabwendbares Schicksal, sondern kann durch engagierte politische Entscheidungen bekämpft werden. Entscheidend ist, dass der Ruf der Vielen nach mehr Verteilungsgerechtigkeit nicht von einigen Wenigen übertönt wird, die es sich mit ihrem Vermögen richten können. Dafür macht sich die Arbeiterkammer seit 100 Jahren und auch in Zukunft stark.

„Als Interessensvertretung von fast 4 Millionen arbeitenden Menschen sind wir täglich und unermüdlich im Einsatz für sozialen Ausgleich in Wirtschaft und Gesellschaft.“



Renate Anderl,
AK Wien Präsidentin

EINKOMMENS VERTEILUNG



IMPRESSUM

1. Auflage, März 2020

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Redaktion: Valerie Buttler, Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Vera Glassner, Julia Hofmann, Georg Hubmann, Markus Marterbauer, Johannes Rendl, Matthias Schnetzer

Konzeption: Georg Hubmann, Jahoda-Bauer-Institut, www.jbi.or.at

Grafik: contentschmiede

Hersteller: Bösmüller Printmanagement GesmbH & Co. KG, 2000 Stockerau,

Bestell-Telefon: (01) 310 00 10 591

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf der Homepage der AK Wien unter <http://wien.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit> zum Download bereit.

INHALT

0	Wo stehe ich in der Einkommensverteilung?	06
1	Einkommen in Europa	08
2	Reallöhne, Kollektivverträge & Produktivität	10
3	Mehr- und unterjährige Beschäftigung	12
4	Gender Pay Gap in Europa	14
5	Lohnquote	16
6	Lohn- und Nichtlohneinkommen	18
7	Das oberste Prozent	20
8	Steuern und Abgaben	22
9	Transferleistungen	24
10	Armutsgefährdung	26
11	Umverteilung durch den Staat	28
12	Überblick und Forderungen	30
13	Glossar	32

WO STEHE ICH IN DER EINKOMMENSVERTEILUNG?

WER VERDIENT WIEVIEL?

„Für Beschäftigte ist entscheidend, dass sie mit ihrem Einkommen möglichst gut auskommen. Unter 1.700 Euro ist ein gutes Leben kaum bis gar nicht möglich. Darum müssen wir all unsere Kraft in die weitere Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter investieren.“

Barbara Teiber (GPA-djp)

Jeder Mensch stellt sich im Laufe seines Berufslebens die Frage, wie man mit dem eigenen Einkommen im Vergleich zu anderen dasteht. Die Grafik oben leistet eine Hilfestellung bei der Selbstverortung. Entgegen einer gängigen Volksweisheit wollen wir sehr wohl über Geld sprechen.

Breite Mitte

Bei Vollzeitbeschäftigung beträgt das Medianbruttoeinkommen in Österreich 2.370 Euro (ca. 1.680 Euro netto), die Hälfte der Menschen verdient weniger, die andere Hälfte mehr. Die Grafik oben zeigt geringe Abstände bei den Gehältern in der Mitte der Verteilung, diese liegen auch etwa 20 % über dem europäischen Durchschnitt. Die breite Abdeckung durch Kollektivverträge mit der gemeinsamen Lohnverhandlung nach Branchen sichert das relativ gute Lohnniveau der Mitte in Österreich. Im mittleren Segment findet man sich als Köchin oder Koch genauso wieder, wie als BauarbeiterIn oder Pflegeassistenzkraft. Am oberen Ende stehen z. B. Angestellte in der Finanzbranche, ganz unten sind es meist geringfügig und Teilzeitbeschäftigte.

Spaltung zwischen Arm und Reich

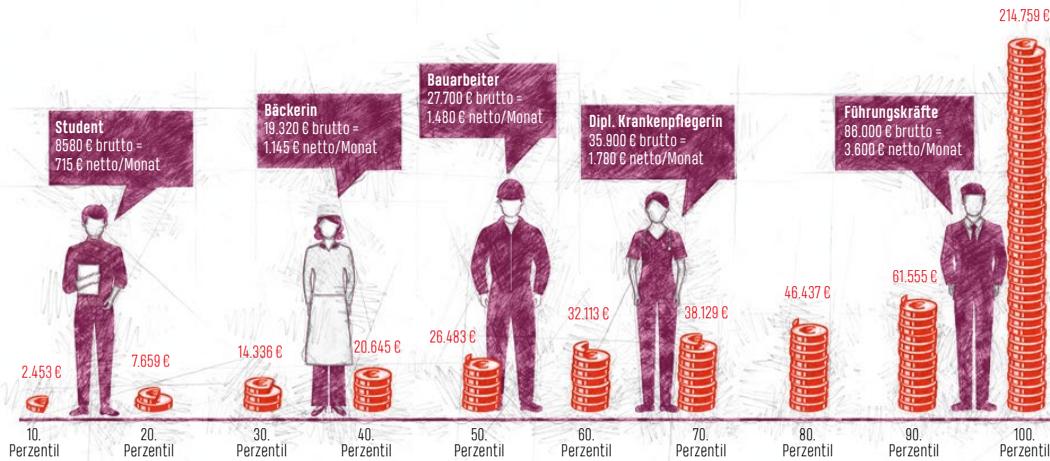
Zu den 10 % mit den höchsten Einkommen ge-

hört wer mehr als 4.390 Euro brutto im Monat verdient. Die Schere geht immer weiter auf: Vorstandsgehälter machen das 64-fache des Medianlohns aus. In den obersten 10 % finden sich abgesehen von Vorständen ATX-notierter Unternehmen auch SpitzenmanagerInnen in großen Unternehmen. Im europäischen Vergleich liegt die Einkommensungleichheit in Österreich aber unter dem EU-Schnitt. Gemessen wird das am Verhältnis der Einkommen des obersten Fünftel zum untersten Fünftel. In Österreich liegt dieser Wert beim Vierfachen, in Deutschland, Spanien oder Italien ist die Zahl deutlich höher.

Wer weniger als 60 % des Medianeinkommens verdient, gilt nach EU-Definition als armutsgefährdet. In Österreich sind das 14,3 % der Menschen, ohne sozialstaatliche Leistungen läge der Wert aber knapp 30 % höher. Frauen sind viel stärker betroffen als Männer. Was darüber hinaus Sorgen bereitet, ist die wachsende Zahl an Menschen, die trotz Beschäftigung in Armut leben müssen.

Um Armut zu verhindern und sicherzustellen, dass man von einem Vollzeitjob auch leben kann, müssen untere Einkommen deutlich angehoben

BRUTTO JAHRESLÖHNE VON ARBEITNEHMERINNEN



Quelle: Lohnsteuerstatistik, 2017, AMS Gehaltskompass, Einstiegsgehälter.

und ein kollektivvertraglich festgelegter Mindestlohn für alle Branchen durchgesetzt werden. Um ein weiteres Aufgehen der Lohnschere zu verhindern, braucht es höhere Spitzensteuersätze und eine effektive Besteuerung von Einkommen aus großen Vermögen. Als kluge Maßnahme zur Umverteilung und Schutz vor Armut gilt es sozialstaatliche Leistungen auszubauen. Das Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der man mit einer Vollzeitarbeit frei von Sorgen leben kann.

Zum Weiterlesen:

Müller, Torsten/Schulzen, Thorsten (2019): *From minimum to living wages*, <https://bit.ly/2u74nIV>
 Weiss, Alexia (2019): *Ein gutes Leben für alle*, In: *Arbeit & Wirtschaft* 8/2019, <https://bit.ly/2SESmoQ>

Linktipp:

<https://www.verteilung.at/#/loehne-gehaelter>

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN EUROPA

Je höher, desto ungleicher



Quelle: Eurostat 2019 (tess180)

Verhältnis der Einkommen der obersten 20 % zu den untersten 20 %.

KEINE STARKE MITTELSCHICHT OHNE KOLLEKTIVVERTRÄGE UND SOZIALSTAAT

Wer zählt wirklich zur Mittelschicht?

Für die Betrachtung des materiellen Wohlstandes der Mittelschicht wird der Median des real verfügbaren Äquivalenzeinkommens herangezogen. Dieser wies in Österreich 2018 mit 23.183 Euro den zweithöchsten Wert der EU auf und hat seit der Überwindung der Finanzkrise 2008/09 um fast 10 % zugenommen. Die Kennzahl basiert auf den Lohn-, Gewinn- und Vermögenseinkommen der Haushalte abzüglich der Steuern; dazu kommen die Geldtransfers des Sozialstaates (wie die Mindestsicherung, das Arbeitslosengeld oder Kinderbeihilfen). Dieses sogenannte verfügbare Haushaltseinkommen wird auf Einzelpersonen umgerechnet. Der Median davon zeigt, was sich die Person in der Mitte der Einkommensverteilung jährlich leisten kann. Wie bei vielen Befragungsdaten unterschätzt der Wert allerdings das tatsächliche Einkommen, weil Haushalte an der Spitze der Verteilung in freiwilligen Befragungen nur schlecht erfasst sind. Zudem sind nur Geldtransfers, nicht aber die für den Wohlstand sehr wichtigen sozialen Sachtransfers (z. B. Gesundheitsleistungen) erfasst.

Reallohnsteigerung durch Kollektivverträge

Entscheidend für die verfügbaren Einkommen der Mittelschicht sind zunächst Entwicklung und Verteilung der Markteinkommen. Dabei kommt der Lohnentwicklung besondere Bedeutung zu. In Österreich decken Kollektivverträge die Einkommen von 98 % der unselbständig Beschäftigten ab. Mit den Kollektivvertragsabschlüssen werden merkliche Reallohnerhöhungen (im Durchschnitt etwa 0,75 % pro Jahr) erzielt. Die Reallohnerhöhung wird

wesentlich von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität pro Stunde geprägt, an der sich die gewerkschaftlichen Lohnforderungen neben der Inflationsrate orientieren.

Sozialstaat nutzt der Mittelschicht

In einem zweiten Schritt beeinflusst die Umverteilung durch den Staat mittels Abgaben und Sozialleistungen die Einkommen der Mittelschicht. Auf der Abgabenseite fallen vor allem Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuer an. Erhaltene Sozialleistungen umfassen etwa Kinderbeihilfe oder Pensionen. Insgesamt ist die breite Mittelschicht in hohem Maß vom Sozialstaat begünstigt, weil dieser bei solidarischer Finanzierung immer dann umfassende Hilfe durch Geld- und Sachleistungen bereitstellt, wenn diese gebraucht werden. Schließlich hat auch die allgemeine Wirtschaftspolitik,

„Zur Mitte wollen alle gehören. So kommt es, dass vom Standpunkt einer individuellen Lebensführung Zugehörigkeit nichts anders bedeutet als die Utopie, ein ruhiges, abgesichertes Leben führen zu können. Die Mitte ist so attraktiv, dass trotz steigender Ungleichheit sich immer mehr Menschen ihr zugehörig fühlen.“

Armin Thurnher
(Stadtzeitung Falter)

etwa die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik oder die Industrie- und Regionalpolitik Einfluss auf die Einkommenslage der Mittelschicht. Höhe und Entwicklung des real verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens bilden gute Anhaltspunkte für den materiellen Wohlstand in der Mitte der Gesellschaft. Sie müssen allerdings um Indikatoren des immateriellen Wohlstandes und der Lebensbedingungen ergänzt werden. Auch bei vielen von diesen Indikatoren liegt Österreich im europäischen Vergleich recht gut.

Zum Weiterlesen:

Buxbaum, Adi/Kranawetter, Pia/Wukovitsch, Florian (2019): AK-Wohlstandbericht 2019, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 194, <https://bit.ly/2OXaUqP>

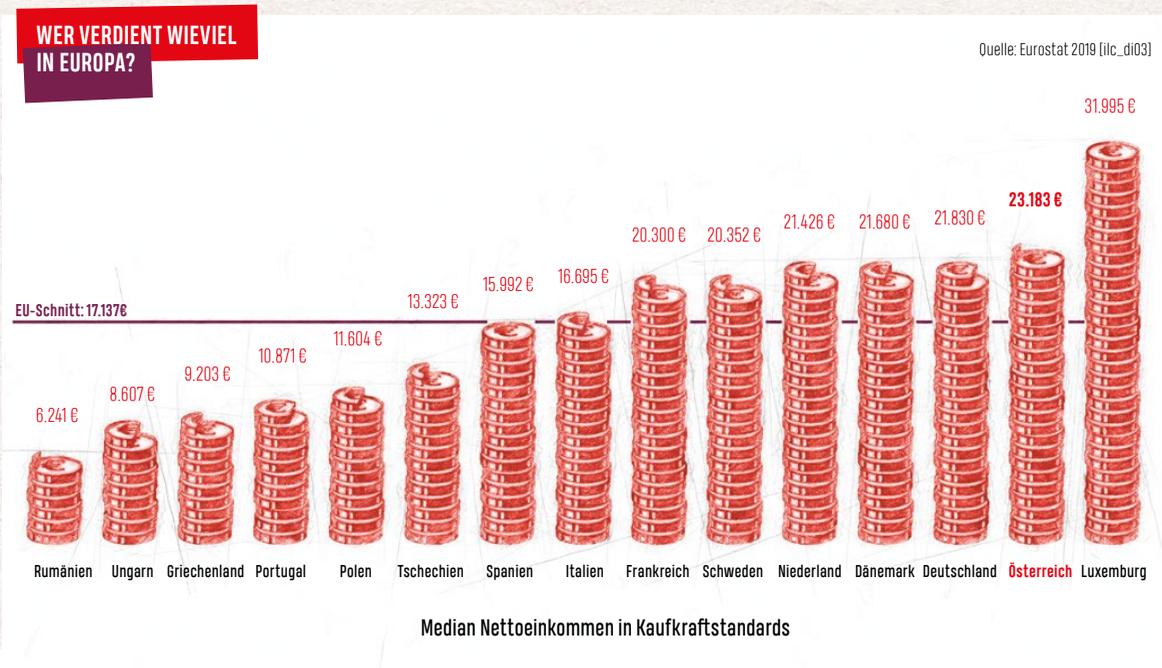
AK Wien/Stadtzeitung Falter (2017): Das Rätsel Mitte, <https://bit.ly/2uxTeed>

Marterbauer, Markus (2019): Österreich: Bei BIP und real verfügbarem Einkommen pro Kopf an der EU-Spitze, A&W-Blog, 24. Juli, <https://bit.ly/2OIhto7>

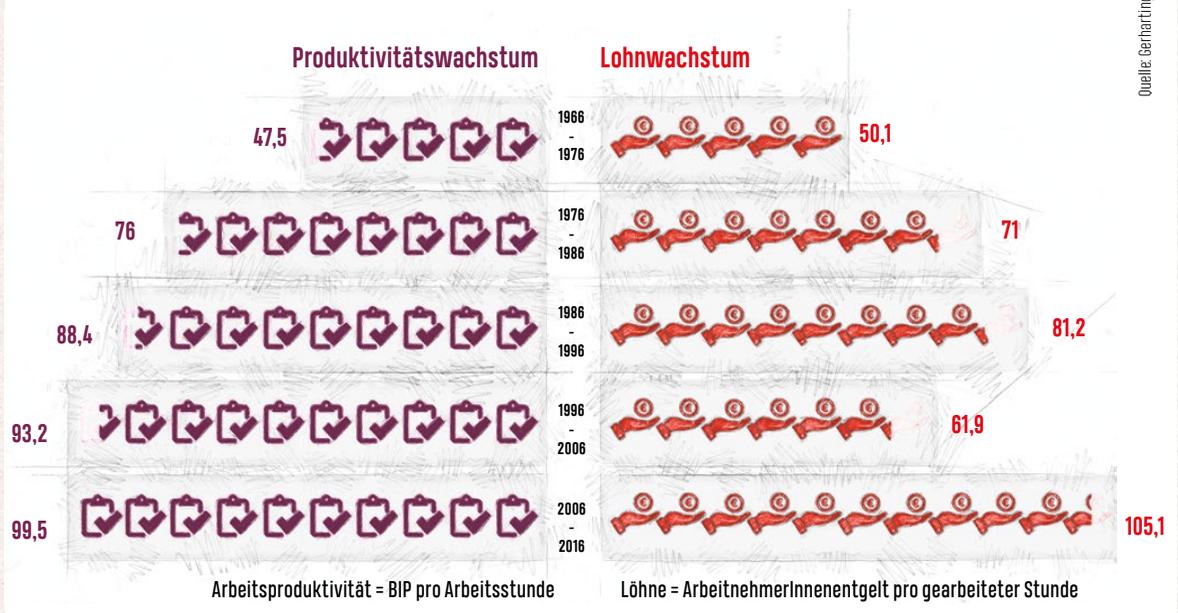
Linktipp: www.inequalityin.eu

FAKTEN

- Österreich weist dank hoher Produktivität, ausgebautem Sozialstaat und kollektivvertraglicher Lohnpolitik ein **im EU-Vergleich hohes real verfügbares Einkommen pro Kopf auf**.
- Die Person in der Mitte der Einkommensverteilung hat ein verfügbares Einkommen, das **etwa 20 % über dem Durchschnitt der Eurozone** liegt.
- Die Schlüssel für die Anhebung des real verfügbaren Äquivalenzeinkommens bilden eine **produktivitätsorientierte und solidarische Kollektivvertragspolitik** und eine Wirtschaftspolitik, die die Arbeitsproduktivität hebt und auf gerechte Verteilung setzt. Ein starker Sozialstaat ist neben der Armutsbekämpfung auch auf die Interessen einer breiten Mittelschicht ausgerichtet.



**DIE PRODUKTIVITÄT STEIGT.
KÖNNEN DIE LÖHNE MITHALTEN?**



Quelle: Gerhartinger et al. (2018)

REALLÖHNE, KOLLEKTIVVERTRÄGE & PRODUKTIVITÄT

REALLÖHNE MÜSSEN MIT DER PRODUKTIVITÄT STEIGEN

Die von den SozialpartnerInnen verhandelten Nominallohnerhöhungen berücksichtigen die Preissteigerungen (Inflation) des vergangenen Jahres und sichern somit den Erhalt der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen. Darüber hinaus müssen Beschäftigte aber auch am Wohlstandswachstum beteiligt sein, denn sie produzieren pro Stunde Jahr für Jahr mehr. Ihre Produktivität stieg seit dem Jahrtausendwechsel um insgesamt fast ein Viertel (22,7%). Im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen setzt sich die Gewerkschaft für

Realloohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen ein (z. B. Arbeitszeitverkürzung, sechste Urlaubswoche).

Die Abbildung zeigt die Entwicklung des Stundenlohns sowie die Produktivitätszuwächse je geleisteter Arbeitsstunde. Bis in die 1990er Jahre stiegen die Arbeitseinkommen mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Danach blieb das Lohnwachstum bis zur Finanzkrise 2008 hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück.

„Unser solidarischer Kampf um höhere Löhne [...] ist bis heute die beste Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen, einen nachhaltigen Anteil am Fortschritt und am Wohlstandswachstum zu bekommen.“

Rainer Wimmer (PRO-GE)

Krise und Deregulierung

Mehrere Faktoren trugen zu dieser Entwicklung bei: So brachte die Liberalisierung der Finanzmärkte eine enorme Expansion des Finanzsektors und stetig steigende Kapitaleinkommen für einige wenige mit sich. Zusammen mit der steigenden Kapitalintensität der Produktion folgte eine Verstärkung der Markt- und Machtkonzentration. Nach der Phase der Prosperität und Vollbeschäftigung in den 1970er Jahren folgte eine Periode mit steigender Arbeitslosigkeit, die unter anderem auch durch die beginnende Globalisierung in den 1980er Jahren geprägt wurde. Hinzu kam auch die Zunahme von atypischer Beschäftigung ab den 1990er Jahren. In Verbindung mit dem sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad führten die genannten Aspekte zu Machtverschiebungen hin zum Faktor Kapital und schwächten die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften schleichend.

Löhne und Produktivität in Einklang bringen

Erst seit der Finanzkrise 2008 entwickeln sich die Löhne wieder leicht in Richtung des Produktivitätsfortschritts, aber der Rückstand aus den Perioden davor konnte noch nicht aufgeholt werden. Diese Annäherung ist wichtig, damit ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu gleichen Teilen vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren. Dazu braucht es noch eine längere Periode mit ordentlichem Lohnwachstum, damit eine Wiederangleichung des Niveaus von Löhnen und der Produktivität über den Zeitverlauf gelingt.

Zum Weiterlesen:

AK Wien (2018): *Eine produktivitätsorientierte und solidarische Lohnpolitik für die EU-Länder*, In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/2, 155-168.

Gerhartinger, Philipp/Haunschmid, Philipp/Tamesberger, Dennis (2018): *Sieben Thesen zur Lohnentwicklung in Österreich*, In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/1, 73-103.

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Die Kollektivvertragsverhandlungen, die zwischen Gewerkschaften und Fachverbänden der Wirtschaftskammer stattfinden, betreffen neben **Nominalloohnerhöhungen auch Arbeitszeiten und -bedingungen**.
- Nominalloohnerhöhungen müssen sowohl **Preisniveausteigerungen** (Erhalt des Realeinkommens) als auch die **Produktivität von ArbeitnehmerInnen berücksichtigen** (Erhöhung des Realeinkommens), um die Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern.
- Die Stundenproduktivität, also die Produktion pro geleisteter Arbeitsstunde, ist in Österreich **seit dem Jahr 2000 um fast ein Viertel (+22,7 %) gestiegen**.
- In manchen Branchen hinken die Lohnerhöhungen dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum hinterher. Gründe dafür sind unter anderem die **Zunahme atypischer Beschäftigung, steigende Arbeitslosigkeit und ein niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad**.

LOHNZUWÄCHSE FÜR ALLE?

In den letzten Jahrzehnten kam es zu einer verstärkten Arbeitsmarktsegmentierung in sichere, gut bezahlte und unsichere, meist schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, die in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, ist seit der Jahrtausendwende gewachsen. Der Anteil der Beschäftigten in Vollzeitarbeitsverhältnissen ging zwischen 2000 und 2017 von 84 % auf 71 % zurück; seit 2017 steigt aber mit dem kräftigen allgemeinen Beschäftigungswachstum auch die Zahl der Vollzeitwerbstätigen.

Arbeitsmarktsegmentierung und Anstieg instabiler Arbeitsverhältnisse

Die Stabilität von Arbeitsverhältnissen lässt sich messen, indem man die Gruppe jener Personen, die über einen bestimmten Zeitraum durchgängig beschäftigt waren, jener Gruppe gegenüberstellt, die in diesem Zeitraum eine oder mehrere Erwerbsunterbrechungen hatte. Rund ein Drittel der unselbständig Beschäftigten ist nicht durchgängig im gesamten Kalenderjahr beschäftigt. Der Anteil der instabil Beschäftigten ist zwischen 2008 und 2015 von 32,9 % auf 34,1 % gestiegen. In saisonabhängigen Branchen (Tourismus, Bau) und Dienstleistungsberufen sind instabile Beschäftigungsverhältnisse weit verbreitet.

Kaum Einkommenszuwächse bei den instabil Beschäftigten

Die Realeinkommen der mehrjährig Beschäftigten, d. h. jene mit zumindest zwei Jahre durch-

„Die Reallöhne wären 2000 bis 2015 um 10 % stärker gestiegen, wenn sich die Löhne der instabil Beschäftigten gleich entwickelt hätten wie jene der stabil Beschäftigten.“

*Rainer Eppel/Thomas Leoni/
Helmut Mahringer (WIFO)*

gängiger Beschäftigung, sind von 2000 bis 2017 jährlich gewachsen. Die Realeinkommen aller Erwerbstätigen, also inklusive der instabil Beschäftigten, sind in den meisten Jahren gesunken, geringe Zuwächse gibt es nur in einzelnen Jahren.

Die stagnierenden bzw. sinkenden Einkommen der instabil Beschäftigten erzeugen zudem Druck auf die Gesamtlohnentwicklung. Obwohl es Verbesserungen in einigen Kollektivverträgen zur Abmilderung von Einkommensverlusten bei längeren Unterbrechungen (etwa im Baugewerbe) gab, bleiben instabil Beschäftigte von kollektivvertraglichen Lohnsteigerungen oft ausgeschlossen. Das erfordert arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung stabiler Beschäftigung und verstärkte Kontrollen und Strafen bei Sozialdumping.

3

FAKTEN

- Ein Drittel der Beschäftigten in Österreich sind während eines Kalenderjahres nicht durchgängig beschäftigt. Saisonarbeit und Erwerbsunterbrechungen konzentrieren sich auf Branchen wie Tourismus, Baugewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen (z. B. Reinigung).
- Jüngere Menschen und MigrantInnen sind am häufigsten instabil beschäftigt.
- Instabil Beschäftigte sind überdurchschnittlich häufig atypisch beschäftigt und verdienen häufiger unter der Geringfügigkeitsgrenze.
- Die Löhne instabil Beschäftigter sind seit 2000 real nicht gestiegen. Stabil Beschäftigte verzeichneten hingegen einen Lohnzuwachs.
- Nach der Krise 2009 gingen die Reallöhne der instabil Beschäftigten sogar zurück, am stärksten bei MigrantInnen und Personen mit geringer Qualifikation.

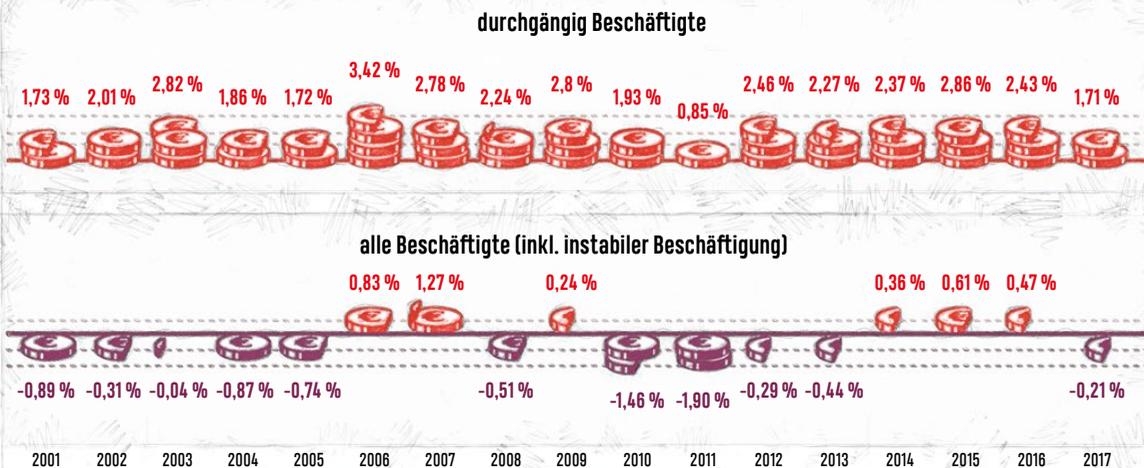
Zum Weiterlesen:

Eppel, Rainer/Leoni, Thomas/Mahringer, Helmut (2017): Österreich 2025: Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich, WIFO.

Mokre, Patrick (2019): Ausnahmezustand Geringverdienst? Ursachen der Beschäftigungsverhältnisse unter der Steuergrenze, In: Wirtschaft und Gesellschaft 45/2, 203-227.

INSTABILE BESCHÄFTIGUNG FÜHRT ZU EINKOMMENSVERLUSTEN

Quelle: Einkommensbericht des Rechnungshofes 2018



Jährliche Veränderungen der Realeinkommen von unselbstständig Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge)

LOHNUntERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN



GENDER PAY GAP IN EUROPA

FRAUEN VERDIENEN ZU WENIG

Im EU-Vergleich weist Österreich 2017 einen der höchsten durchschnittlichen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen auf (20 %). Nur in Estland, Tschechien und Deutschland ist der Gender Pay Gap noch höher. Geringere Einkommensunterschiede finden sich in Dänemark und Schweden, dort ist die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen höher.

Hohe Teilzeitquote und Erwerbsunterbrechungen

Die hohe Teilzeitbeschäftigungsquote der Österreicherinnen, mit 48 % die zweithöchste in der

EU, wirkt indirekt (etwa über eingeschränkte Karriere- und Aufstiegschancen) auf Einkommen von Frauen. Ebenfalls über dem EU-Durchschnitt von 21 % liegt der Anteil von Frauen in Niedriglohnbeschäftigung (23 % gegenüber 8,7 % bei Männern). In Österreich ist der Einkommensverlust für Frauen nach der Geburt von Kindern im europäischen Vergleich hoch, und er verringert sich in den Jahren nach dem Wiedereinstieg ins Berufsleben nur wenig. Der österreichische Arbeitsmarkt ist stark nach Geschlechtern segmentiert. So arbeiteten 2018

„Trotz des in der EU geltenden Verbots, dass Frauen für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen, verdienen Frauen im EU-Schnitt noch immer 16 Prozent weniger als Männer.“

*Evelyn Regner
(Abgeordnete zum Europäischen Parlament)*

18 % der Frauen im Handel und 12 % im Gesundheits- und Sozialwesen, wo die Einkommen deutlich unter dem Durchschnittsverdienst liegen. Hingegen sind rund 23 % der Männer in der Sachgüterproduktion beschäftigt, wo die Löhne und Gehälter überdurchschnittlich hoch sind.

Gender Pay Gap führt zu Pensions-Gap

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen vertiefen sich über die Lebenszeit. Frauen sind durchschnittlich 5 Jahre weniger bezahlt vollzeitig erwerbstätig als Männer und leisten einen Großteil der unbezahlten Haushalts-, Pflege- und Erziehungsarbeit. Kürzere Dauern der Erwerbstätigkeit, ein reduziertes Beschäftigungsausmaß (z. B. Teilzeit) und niedrigere Einkommen führen dazu, dass die Pensionen von Frauen deutlich niedriger sind als die von Männern.

Ein umfassender Sozialstaat, der die Erwerbsbeteiligung von Frauen fördert und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z. B. Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen) ermöglicht, trägt zur Verringerung des Gender Pay Gaps bei. Auch die gewerkschaftliche Mindestlohnpolitik leistet dazu einen Beitrag. Aber neben den sozialpolitischen Maßnahmen beeinflussen gesellschaftliche Werte und Normen die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie Unterschiede in der Entlohnung von Männern und Frauen. Auch hier gilt es anzusetzen.

Zum Weiterlesen:

Geisberger, Tamara/Glaser, Thomas (2017): Gender Pay Gap, In: Statistische Nachrichten 6, Statistik Austria.

Hollan, Katarina/Mader, Katharina (2017): Die Gläserne Vermögensdecke – Zum Zusammenhang von Vermögen und Geschlecht, In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Innsbruck: Studienverlag, 231-242.

Linktipp:

<https://www.equal-pay-day.at/at/epd2019/>

FAKTEN

- Der Gender Pay Gap bei Bruttostundenlöhnen ist in **Österreich mit rund 20 % der fünfthöchste in der EU.**
- Der unbereinigte, nicht um die Arbeitszeit korrigierte, Gender Pay Gap beträgt sogar 37 %. Wird die Arbeitszeit berücksichtigt, beträgt der Unterschied rund 23 %. **Fast 14 % der Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen lassen sich statistisch nicht erklären.**
- Der von der OECD ermittelte „Gender Pension Gap“, gemessen als Differenz der durchschnittlichen Pensionen von Frauen und Männern, liegt in **Österreich bei 39 %** und deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 25 %.
- Während fast **jede vierte Frau** (23 %) in Niedriglohnssektoren beschäftigt ist, trifft dies nur auf **knapp jeden elften Mann** zu (8,7 %).

LOHNQUOTE

SINKENDE LOHNQUOTE, STEIGENDE UNGLEICHHEIT

„Der Fall der Lohnquote ging Hand in Hand mit höherer Ungleichheit in der Verteilung der Markteinkommen, was den sozialen Zusammenhalt [...] gefährden könnte.“

OECD (2012)

Die klassische Ökonomie im 18. Jahrhundert kam zur Erkenntnis, dass sich das gesamte erzielte Einkommen in einer Volkswirtschaft auf die zwei Produktionsfaktoren „Arbeit“ und Kapital“ aufteilt. Diese Betrachtungsweise legte den Grundstein für die sogenannte funktionale Einkommensverteilung. Sie setzt Löhne sowie Gewinne und Vermögenseinkommen in Beziehung zueinander.

Ein Stück vom Kuchen

Die Lohnquote stellt den Anteil der Löhne der unselbständig Beschäftigten am Gesamteinkommen dar, während Gewinne und Vermögenseinkommen zur Gewinnquote zählen. Beide Quoten ergänzen

einander auf 100 %. Die Abbildung zeigt Rückgang und Zunahme der Lohnquote in zehn Jahresperioden. Berücksichtigt sind hier alle Arbeitseinkommen, die in Österreich (auch an EinpendlerInnen) bezahlt werden. Über die ideale Höhe der Lohnquote lässt sich trefflich streiten. Unbestritten ist aber, dass ein Sinken der Lohnquote bedeutet, dass Gewinne und Vermögenseinkommen stärker steigen als Löhne und Gehälter. ArbeitnehmerInnen sind dann nicht mehr in vollem Ausmaß an wirtschaftlichen Wohlstandszuwächsen beteiligt.

Vollbeschäftigung und Sozialstaat

Die Entwicklung der Lohnquote seit den 1970er Jahren war ein Auf und Ab. Neben den konjunkturbedingten Schwankungen wirkten auch längerfristige Trends. In den 1970er verfolgte Österreich eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung und einen starken Sozialstaat als zentrale Ziele definierte. In dieser Phase erreichte die Lohnquote 1978 mit 77,2 % ihren Höhepunkt.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit prägte die Entwicklung der Lohnquote in den 1980er und 1990er Jahren. Die Macht der Gewerkschaften bei den

ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE IN ÖSTERREICH

Veränderung der Lohnquote



Die Lohnquote zeigt den Anteil der Löhne am gesamten Einkommen einer Volkswirtschaft

Quelle: Statistik Austria 2018, eigene Berechnungen

Kollektivvertragsverhandlungen ging zurück und ArbeitnehmerInnen wurde die volle Teilhabe am Produktivitätswachstum verweigert. Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus kam es auch zu einem Aufblähen des Finanzsektors und damit zu stark steigenden Vermögenseinkommen. Zusammen mit der Globalisierung und dem Zuwachs bei prekären Arbeitsverhältnissen trugen all diese Faktoren zu einem deutlichen Sinken der Lohnquote bis zur Finanzkrise 2008 bei. Die starken Gewinneinbrüche beendeten den sinkenden Trend, und die Lohnquote erholte sich kurzfristig.

Zum Weiterlesen:

AK Wien (2019): *Der tendenzielle Fall der Lohnquote und wie man ihn wieder umkehren könnte*, In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 45/1, 3-12.

Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan/Moser, Mathias (2017): *Entwicklung und Verteilung der Einkommen, Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-16*, BMASK, 227-268, <https://bit.ly/3bqDqKK>

Linktipp:

<https://www.verteilung.at/#/arbeit-kapital>

FAKTEN

- Die Lohnquote erreichte **im Jahr 1978 ihren historischen Höchstwert** mit 77,2 % und sank in den darauffolgenden Jahrzehnten. 2018 betrug sie 68,7 %.
- **In Krisenzeiten oder Rezessionsphasen steigt die Lohnquote.** Gewinne und Vermögenseinkommen brechen rasch ein, während kollektivvertraglich abgesicherte Löhne stabil bleiben. Umgekehrt sinkt die Lohnquote in der Hochkonjunktur, wenn Gewinne schneller wachsen.
- Zu Beginn der 1980er Jahre fiel die Lohnquote aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und damit verbundener sinkender Macht der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen. **Globalisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte trugen schließlich wesentlich zum deutlichen Sinken der Lohnquote bis zur Finanzkrise bei.**
- Die Gewinneinbrüche im Zuge der Finanzkrise 2008 **beendeten den sinkenden Trend und die Lohnquote** stabilisierte sich – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau als in den 1970er Jahren. Seit 2013 stagniert sie wieder.

WIE SETZT SICH DAS EINKOMMEN DER HAUSHALTE ZUSAMMEN?

Löhne aus unselbständiger Beschäftigung sind für den überwiegenden Anteil der Haushalte die wichtigste Einkommensquelle. Aber viele Menschen beziehen auch andere Arten von Einkommen, etwa aus selbständiger Tätigkeit, aus ihrem Ersparnissen oder aus großen privaten Vermögen.

Ungleiche Verteilung bei Vermögenseinkommen

Laut Statistik Austria verdienten die privaten Haushalte im Jahr 2018 insgesamt etwa 150 Milliarden Euro an Löhnen, rund 36 Milliarden Euro aus selbständiger Tätigkeit (inkl. Vermietung) und 26 Milliarden Euro Einkommen aus Vermögen (z. B. aus Zinsen und Dividenden).

Aber diese Einkommen sind nicht auf alle Haushalte gleich verteilt. Eine Erhebung der EU Statistikbehörde zeigt, dass Einkommen aus Selbständigkeit und Vermögenseinkommen nur bei den bestverdienenden Haushalten einen relevanten Teil ausmachen. Allerdings unterschätzen diese Zahlen die tatsächlichen Einkommen bei den reichsten Haushalten deutlich, weil in freiwilligen Befragungen die Daten der Reichsten nur schlecht erfasst werden. Berechnungen zufolge decken diese Erhebungen nicht einmal 20 % aller Vermögenseinkommen ab.

In Österreich sind die Daten zu Löhnen und Gehältern durch die Lohnsteuerstatistik sehr gut erfasst, während es für die Selbständigeneinkommen deutlich schwieriger ist. Denn das steuerpflichtige Einkommen der Selbständigen entspricht

„Nur das oberste 1 % der Haushalte erhält nennenswerte Kapitaleinkommen.“

*Wilfried Altzinger/Stefan Humer/
Mathias Moser (INEQ)*

ihren Erträgen abzüglich der Aufwendungen und schwankt über die Jahre oft sehr stark. Das zeigt sich auch daran, dass etwa ein Drittel der gut 1 Million Steuerfälle von Selbständigen wegen niedrigen Einkommen, Verlusten oder Abzug von Sonderausgaben kein steuerpflichtiges Einkommen meldet.

Konzentration an der Spitze

Vermögenseinkommen sind bei den reichsten Haushalten konzentriert. Allein dem Top 1 % fließen im Jahr 2018 mehr als 15 % aller Vermögenseinkommen zu. Ein Grund dafür ist, dass das reichste 1 % der Haushalte ein Viertel des gesamten Vermögens besitzt. Zählt man die Einkünfte aus Vermietung zu den Vermögenseinkommen machen diese etwas mehr als die Hälfte aus, private Pensionen ca. 20 % und Einkommen aus Zinsen und Dividenden etwa 30 %. Haushalte an der Spitze der Verteilung mit hohen Vermögenseinkommen profitieren außerdem davon, dass Zinsen und Dividenden steuerlich gegenüber Arbeitseinkommen begünstigt sind.

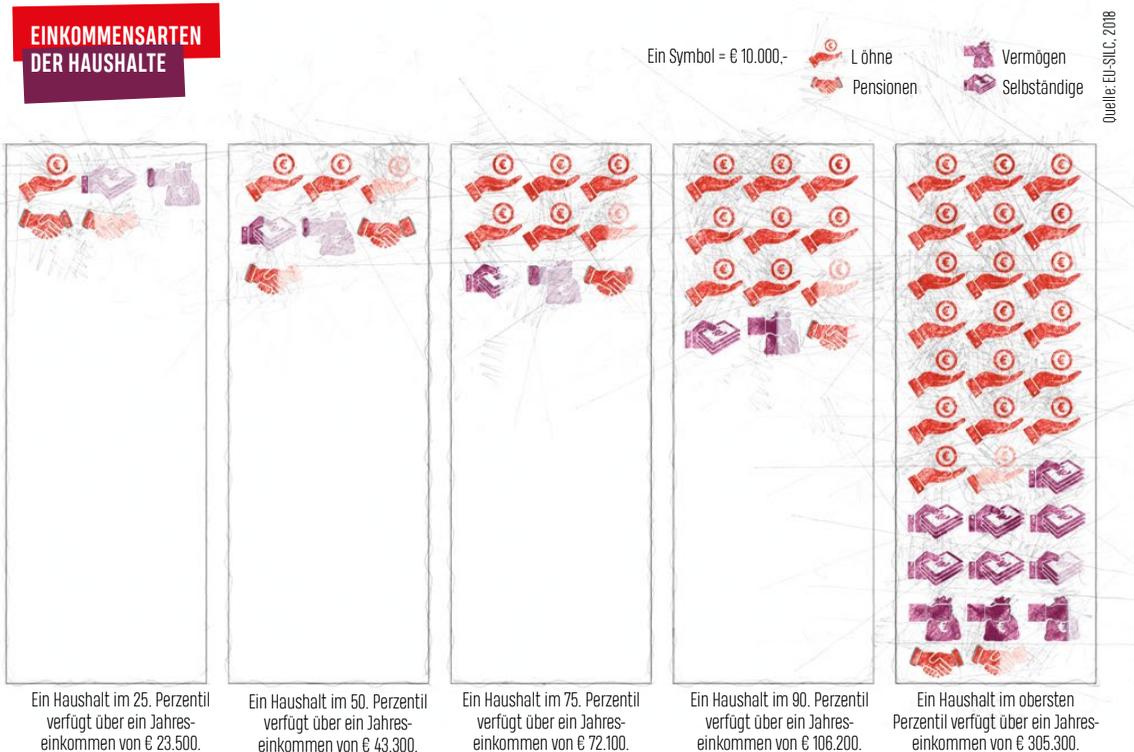
Zum Weiterlesen:

Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan/Moser, Mathias (2017): *Entwicklung und Verteilung der Einkommen, Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-16, BMASK, 227-268, <https://bit.ly/3bqDqKK>*

Guger, Alois/Mayrhuber, Christine/Scheiblecker, Marcus (2014): *Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO.*

FAKTEN

- Löhne aus unselbständiger Beschäftigung sind für die meisten Haushalte **die wichtigste Einkommensquelle**.
- Während die Datenlage bei den Löhnen sehr gut ist, geben **Steuerdaten keine zufriedenstellenden Informationen** zu Selbständigen- und Vermögenseinkommen. Man muss auf Befragungsdaten zurückgreifen, in denen diese Einkommen stark untererfasst sind.
- **Nur an der Spitze der Verteilung spielen** Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit sowie **Vermögenseinkommen eine bedeutende Rolle**.
- **Dem Top 1 %** der Haushalte mit den größten Einkommen fließen rund **15 % aller Vermögenseinkommen** zu, wobei der Großteil aus Mieteinkünften besteht.



VERHÄLTNIS VON ATX-VORSTANDSVERGÜTUNG ZUM MEDIANLOHN



Quelle: Wierser, 2019

DAS OBERSTE PROZENT

DIE HERREN DES GELDES

Wer in Österreich zum obersten Prozent der Einkommensverteilung zählt, verfügte im Jahr 2016 über ein jährliches Bruttogesamteinkommen von mindestens 185.000 Euro. Frauen sind im obersten Prozent kaum vertreten, während ManagerInnen der Finanz- und Energiebranche sowie Männer mit großem Vermögenseigentum überrepräsentiert sind.

In Österreich bezieht das oberste Prozent 8 % der gesamten Einkommen. Die gesamte untere Hälfte der Einkommensverteilung erhält 26 % der Ein-

kommen. Zu den Top 0,1 %, also dem obersten Tausendstel der Einkommensverteilung, zählen 7.000 Menschen. Im Jahr 2016 hatten diese ein durchschnittliches Einkommen von 1,1 Millionen Euro.

Verdreifachung der ManagerInnengehälter

Dieses obere Ende der Einkommensverteilung entkoppelt sich immer weiter vom Rest. Das zeigen auch Analysen der Gehälter von Vorständen von Aktiengesellschaften, eine wesentliche Gruppe im obersten Prozent. Zwischen 2003 und 2018 sind die Vergütungen von ManagerInnen im Vorstand der

„Die Kluft zwischen ManagerInnengehältern und durchschnittlichen Löhnen ist in der letzten Dekade deutlich gestiegen: 2003 wurden ManagerInnen mit dem 24-fachen Durchschnittsgehalt entlohnt, 2018 war es bereits das 64-fache Durchschnittsgehalt.“

Christina Wieser (AK Wien)

20 größten Aktiengesellschaften um satte 266 % gestiegen, sie haben sich mehr als verdreifacht. Im selben Zeitraum ist das Medianeinkommen nur um 34 % gewachsen. Das Verhältnis des Medianeinkommens zum Durchschnitt der Vorstandsvergütungen beträgt mittlerweile 1:64. Oder anders ausgedrückt, eine Person in der Mitte der Einkommensverteilung müsste für ein durchschnittliches, jährliches Vorstandseinkommen 64 Jahre lang arbeiten.

Vermögenseinkommen besteuern

Auch Menschen, die hohe Vermögenseinkommen, etwa aus Immobilieneigentum oder Unternehmensbeteiligungen, beziehen, finden wir ganz oben in der Einkommensverteilung. Dabei handelt es sich um Einkommen, die ohne geistige oder körperliche Anstrengung erwirtschaftet werden. Ein Blick auf die Einkommensverteilung zeigt, dass jedoch die meisten Menschen gar keines oder nur geringes Vermögen besitzen und dementsprechend auch kaum Einkommen aus ihren Vermögenswerten beziehen. Die Ungleichverteilung wird dadurch verstärkt, dass die Vermögenseinkommen im Vergleich zu Arbeitseinkommen viel geringer besteuert werden und damit auch kaum einen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates leisten.

Ein gutes Rezept gegen die immer weiter aufgehende Schere in der Einkommensverteilung sind hohe

Spitzensteuersätze, die effektive Besteuerung von Vermögenseinkommen ohne Schlupflöcher und Ausnahmen, aber auch starke Gewerkschaften und BetriebsrätInnen.

Zum Weiterlesen:

Wieser, Christina (2019): *Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking 2018*, <https://bit.ly/37PFb13>

Schürz, Martin (2019): *Überreichtum, Frankfurt: Campus Verlag.*

Linktipp: www.reichtumsmythen.at

FAKTEN

- **Das oberste Prozent der Einkommensverteilung erhält 8 % der gesamten Einkommen.** Die untere Hälfte der Verteilung – das sind 50 Mal so viele Menschen – bezieht gemeinsam 26 % der Einkommen.
- Unter dem obersten Prozent der Einkommensverteilung finden wir kaum Frauen, der **Frauenanteil liegt hier bei nur 10 %.**
- Einkommen, die aus dem Eigentum an Vermögen entstehen, etwa Zinserträge oder Einkommen aus der Vermietung oder Verpachtung von Immobilien sowie Dividenden, **konzentrieren sich stark auf das Top 1 %.**
- **Hohe Spitzensteuersätze, effektive Besteuerung von Vermögenseinkommen ohne Schlupflöcher, sowie starke Gewerkschaften** sind Rezepte gegen die immer weiter aufgehende Schere in der Einkommensverteilung.

STEUERN UND ABGABEN

ALLE MENSCHEN ZAHLEN STEUERN

Das Steuern- und Abgabensystem hat einen wichtigen Einfluss auf die Einkommensverteilung. Während die meisten Menschen bei Steuern an die Lohn- oder Einkommensteuer denken, bezahlen Haushalte auch Konsumsteuern, Sozialversicherungsbeiträge und die Kapitalertragssteuer. Bei einer gemeinsamen Betrachtung zeigt sich: Das österreichische System von Steuern und Abgaben verteilt nur geringfügig um. Entlang der Einkommensverteilung zahlen alle Haushalte zwischen 30 und 40,5 % ihres Bruttoeinkommens an Steuern und Abgaben.

Umverteilung durch Steuern?

Laut Statistik Austria hat der Staat 2018 163 Milliarden Euro aus Steuern und Abgaben eingenommen. Der größte Brocken davon, 29 Milliarden Euro, kommt aus der Mehrwertsteuer. Bei dieser Konsumsteuer gilt für alle – unabhängig von ihrem Einkommen – derselbe Steuersatz. Deshalb wirken Konsumsteuern regressiv: je höher das Einkommen, desto niedriger der Einkommensanteil, der für die Steuer aufgewandt wird. Haushalte mit niedrigem Einkommen müssen einen größeren Anteil für Konsumausgaben (z. B. Lebensmittel,

„Alle Einkommen sollen zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden. Damit meine ich auch Zinseinkommen und Vermögenserträge.“

Alois Guger (WIFO)

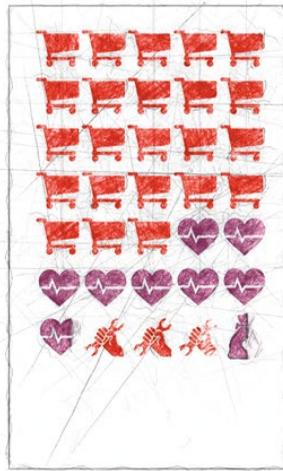
tel, Miete, Handyrechnung) verwenden, dafür bezahlen sie Mehrwertsteuer. Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung sparen hingegen einen beträchtlichen Anteil ihres Einkommens und zahlen dafür keine Mehrwertsteuer.

Die zweitwichtigste Einzelsteuer ist die Lohnsteuer mit einem Aufkommen von 28 Milliarden Euro. Bei der Einkommenssteuer für selbständige Tätigkeiten sind es mit 5 Milliarden Euro deutlich weniger. Die Lohn- und Einkommenssteuer ist in Österreich progressiv gestaltet: Einkommen unter 11.000 Euro pro Jahr werden nicht besteuert. Darüber steigt der Steuerbeitrag schrittweise mit

WER TRÄGT WIEVIEL ZUM GEMEINWOHL BEI?

Jedes Symbol = 1 % Steuern und Abgaben vom Einkommen.

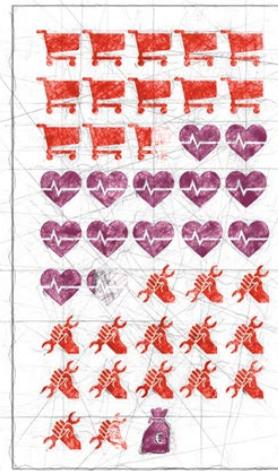
 Steuer auf Konsum
  Einkommenssteuer
 Sozialversicherung
  Kapitalertragssteuer



∅ Steuern und Abgaben des unteren Drittels: 33,7 %.



∅ Steuern und Abgaben des mittleren Drittels: 37,5 %.



∅ Steuern und Abgaben des oberen Drittels: 40,5 %.

Quelle: Humer/Moser, 2016

dem Einkommen an. Ab einer Million Euro wird der Spitzensteuersatz von 55 % fällig. Mit 30 Milliarden Euro sind auch die Sozialversicherungsbeiträge der DienstnehmerInnen ein großer Brocken. Diese sind jedoch bis auf die Deckelung mit der Höchstbeitragsgrundlage für sehr hohe Einkommen und der Befreiung von geringfügigen Einkommen für alle gleich.

Kapitaleinkommen gerecht besteuern

Steuern auf Kapitaleinkommen lukrieren nur wenige Steuereinnahmen und verdeutlichen die ungleiche Lastenverteilung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Etwa 2,3 Milliarden Euro wurden 2018 von den Haushalten bezahlt. Der Steuersatz ist mit 25 % auf Zinseinkommen bzw. 27,5 % auf Dividenden niedrig. Ein erster großer Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit ist die steuerliche Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und Kapital.

Zum Weiterlesen:

Humer, Stefan/Moser, Mathias (2016): Integrierte Steuer- und Abgabenstatistik der privaten Haushalte in Österreich, WIFO.

Saez, Emmanuel/Zucmann, Gabriel (2020): *Der Triumph der Ungerechtigkeit - Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert*, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Entlang der Einkommensverteilung zahlen alle Haushalte zwischen 30 und 40 % des Gesamteinkommens an Steuern. Das heißt: **Alle Menschen zahlen Steuern!**
- Die Zusammensetzung des Steuerbeitrags variiert entlang der Einkommensverteilung. Am **unteren Ende entfällt der größte Anteil auf Konsumsteuern**. In der Mitte sind es **Sozialversicherungsbeiträge, Einkommenssteuer und Mehrwertsteuer**. Die Kapitalerträge der Obersten werden nur gering besteuert.
- Eine **Stärkung vermögensbezogener Steuern** und eine einheitliche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen sind für ein gerechtes Steuersystem unerlässlich.

TRANSFERLEISTUNGEN

ALLE PROFITIEREN VON ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN

Ein großer Teil der Steuereinnahmen fließt direkt in Form von Geld- und Sachleistungen des Sozialstaates an die privaten Haushalte zurück. Viele dieser Unterstützungen kommen zielgerichtet einkommensschwachen Menschen zugute und reduzieren damit sowohl die Armut als auch die Ungleichheit.

Das WIFO hat in einer umfangreichen Studie die Verteilungswirkungen der Leistungen aus öffentlicher Hand näher beleuchtet. 2015 stellte der Sozialstaat rund 13,5 Milliarden Euro an Geldleistungen (z. B. Familienbeihilfe, Pflegegeld, Arbeitslosengeld, Mindestsicherung, Wohnbeihilfe) und 45,8 Milliarden Euro an Sachleistungen (z. B. Inanspruchnahme von Gesundheits- und Bildungsleistungen, Nutzung von Kinderbetreuungsinfrastruktur, Schulbücher, AMS-Kurse) bereit. Die Sachleistungen, von denen der Großteil auf die Bereiche Gesundheit und Bildung entfällt, sind in Summe also drei Mal so hoch wie die Geldleistungen, die hauptsächlich für Familie und Arbeitslosigkeit aufgewendet werden. Nicht einberechnet sind hierbei die öffentlichen Pensionen, die nochmals 48,5 Milliarden Euro ausmachen.

Öffentliche Leistungen verringern die Ungleichheit
Zur Messung der Verteilungswirkung von Geld- und Sachleistungen werden die Haushalte nach ihrem Einkommen geordnet und in drei gleich große Gruppen eingeteilt. Die Gesundheits-, Bil-

dungs- und Familienleistungen verteilen sich relativ gleichmäßig über alle Einkommensgruppen, da alle einmal in Ausbildung sind, Krankheiten behandeln lassen oder eine Familie gründen. Von finanzieller Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, von der Mindestsicherung sowie von Förderungen im Bereich Wohnen profitieren hingegen überwiegend einkommensschwächere Haushalte, da diese öfter von Arbeitslosigkeit, Armut oder Notlagen betroffen sind.

Die öffentlichen Leistungen des Sozialstaates nutzen vor allem den unteren und mittleren Einkommensgruppen. Zum Beispiel verursacht eine Blinddarmoperation für alle etwa gleich hohe Kosten. Wäre diese Gesundheitsleistung aber privat zu bezahlen, so würde sie Haushalte mit niedrigem Einkommen überfordern, bei hohen Einkommen fiel sie hingegen kaum ins Gewicht.

„Der größte Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit der Einkommen [geht] von den öffentlichen Sachleistungen aus.“

Silvia Rocha-Akis/Christine Mayrhuber (WIFO)

Ein Sozialstaat für Alle

Sozialstaatliche Leistungen verringern also die Ungleichheit, weil niedrige und mittlere Einkommen davon am stärksten profitieren. Der Sozialstaat erhöht aber nicht nur den Lebensstandard von Menschen mit kleinen Einkommen, sondern unterstützt alle Menschen je nach Bedarf und Lebensphase – sei es bei Ausbildung, Krankheit, Ruhestand oder Familiengründung.

Zum Weiterlesen:

Rocha-Akis, Silvia/Mayrhuber, Christine (2019): Umverteilung durch den Staat 2015 – Überblick über die Gesamteffekte, WIFO Monatsberichte 92/5, S. 323-337, Kurzfassung: <https://bit.ly/2w8oy3P>

FAKTEN

- Von sozialstaatlichen Leistungen profitieren alle Menschen quer durch die Gesellschaft im Laufe ihres Lebens, sei es in Ausbildung, bei Krankheit, im Alter oder bei der Familiengründung.
- Die öffentlichen Geld- und Sachleistungen des Sozialstaates reduzieren die Ungleichheit, weil ärmere Haushalte gemessen an ihrem Einkommen stärker vom Leistungsangebot profitieren.
- Sachleistungen machen in etwa das dreifache von Geldleistungen aus und leisten den größten Beitrag zur Verringerung der Einkommensungleichheit.

WER PROFITIERT VON WELCHEN TRANSFERLEISTUNGEN?

Jedes Symbol entspricht 1% der Transferleistung.

Arbeitslosigkeit/BMS

Gesundheit/Pflege

Familie

Bildung

Wohnen



Quelle: WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(5)

Das untere Drittel erhält 40,3 % aller Transferleistungen.

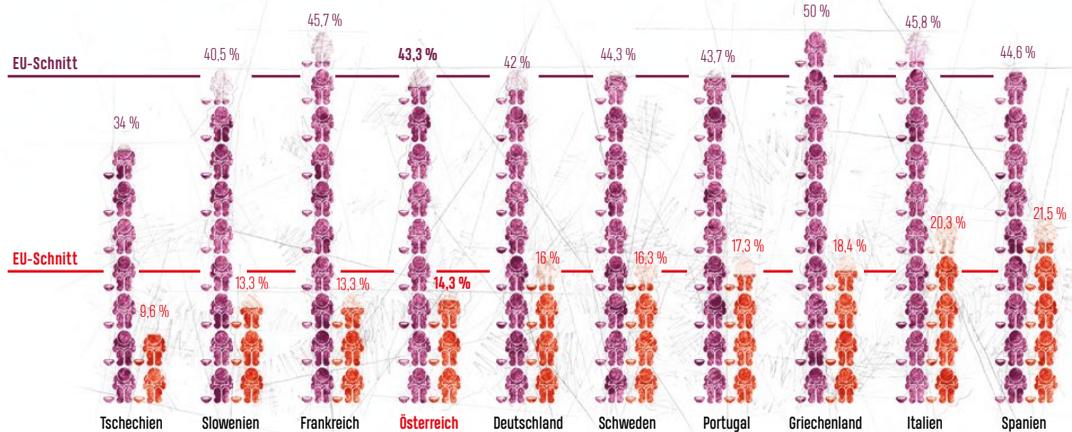
Das mittlere Drittel erhält 32,1 % aller Transferleistungen.

Das obere Drittel erhält 27,6 % aller Transferleistungen.

DER SOZIALSTAAT SCHÜTZT VOR ARMUT

Ein Symbol entspricht 5 % armutsgefährdeter Menschen.

 Armutsgefährdung vor Sozialleistungen
 Armutsgefährdung nach Sozialleistungen



Quelle: Eurostat 2018 (lic. 1103, lic. 0109, lic. 0110)

ARMUTSGEFÄHRDUNG

DER SOZIALSTAAT REDUZIERT DIE ARMUT DEUTLICH

Als armutsgefährdet gelten jene Personen, deren äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen unter 60 % des Medianeinkommens liegt. Für einen Einpersonenhaushalt lag dieser Wert in Österreich 2018 bei einem Monatseinkommen von 1.259 Euro. Insgesamt lag jeder siebte Mensch in Österreich unter dieser Grenze. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Frauen und Menschen mit geringer Ausbildung. Ein weiteres Problem ist die steigende Zahl der Armut bei erwerbstätigen Personen, den „Working Poor“. Wäh-

rend 2010 jeder zwölfte Erwerbstätige von Armut bedroht war, ist es mittlerweile jeder achte.

Sozialstaat reduziert die Armut deutlich

Ohne sozialstaatliche Umverteilung und ohne öffentlichen Pensionen wäre die Armutsgefährdungsquote beträchtlich höher. Wie die Abbildung zeigt, läge sie bei 43,3 %. Werden sozialstaatliche Leistungen und öffentliche Pensionen in der Rechnung berücksichtigt, liegt die Quote deutlich niedriger bei 14,3 %. Die Reduktion von fast 70 % zeigt,

wie wichtig der Sozialstaat für die Bekämpfung von Armut ist.

Armut im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich liegt die Armutsgefährdungsquote in Österreich unter dem EU-Durchschnitt. Tschechien und Slowenien weisen niedrigere Quoten auf, Spanien und Italien die höchsten. Die Armutsgefährdungsquote gibt allerdings keinen Aufschluss über die Lebenslagen, Kostenstrukturen und Rahmenbedingungen der Haushalte wie: Alt-Jung, Stadt-Land, Mietwohnung-Eigentum. Denn Bedingungen und Leistbarkeit eines „guten“ Lebens unterscheiden sich maßgeblich trotz gleichem Einkommen.

Eindeutig ist, dass sozialstaatliche Maßnahmen im EU-Vergleich für alle Länder die Einkommensarmut deutlich reduzieren, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. In Spanien verringern Sozialtransfers die Quote um 50 %, in Deutschland um 60 % und in Frankreich um 70 %. Ausschlaggebend für die Armutsgefährdung sind also einerseits sozialpolitische Maßnahmen, aber auch die Lebensstandards in den jeweiligen Ländern.

Zum Weiterlesen:

Armutskonferenz (2019): *Aktuelle Armutszahlen. Zahlen-Überblick zu Armut und Verteilung in Österreich*, <https://bit.ly/2HcQRjA>

Schenk, Martin/Schriebl-Rümmele, Martin (2017): *Genug gejammert! Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen*, Unteraichwald: Ampuls Verlag.

„Armut setzt sich aus vielen Aspekten zusammen. Es ist nicht nur der Mangel an Geld, sondern es ist auch ein Mangel an Bildung, ein Mangel an Information, ein Mangel an Inklusion und Bewusstsein, etc.“

*Esther Duflo
(Massachusetts Institute
of Technology)*

FAKTEN

- In Österreich sind **1,2 Millionen Menschen armutsgefährdet**.
- **11 % der Erwerbstätigen** fallen trotz Arbeit unter die Armutsgrenze und 16 % aller Armutsgefährdeten arbeiten in **prekären Beschäftigungsverhältnissen**.
- **Armut ist weiblich, jung und alt:** jede siebte Frau, jeder fünfte Jugendliche und jede siebte Person älter als 65 ist armutsgefährdet.
- **Ohne sozialstaatliche Leistungen und öffentliche Pensionen** wären in Österreich dreimal so viele Menschen armutsgefährdet.

UMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT

UMVERTEILUNG GARANTIERT MEHR SICHERHEIT UND GLEICHHEIT

„Die Verringerung von Ungleichheit sollte für alle Priorität haben. Ungleichheit ist in unserer sozialen und ökonomischen Struktur eingebettet und um sie erheblich zu reduzieren müssen wir alle Aspekte unserer Gesellschaft überprüfen.“

Anthony B. Atkinson (London School of Economics)

Der Staat beeinflusst die Einkommensverteilung nicht nur durch Steuern und Sozialleistungen, sondern hat großen Einfluss auf die davor bestehende Primärverteilung der Markteinkommen. Die Politik kann beispielsweise durch Gesetze und Regulierungen bei Arbeitszeit, Mindestlöhnen, Eigentumsrechten, grenzüberschreitenden Kapitalflüssen oder Gewinnverschiebungen auf die Primärverteilung einwirken und Ungleichheit schon in der Entstehung bekämpfen. Höhe und Anstieg der Löhne werden in Österreich von den SozialpartnerInnen verhandelt. 98 % der Beschäftigten haben einen Kollektivvertrag der Einkommen, Arbeitszeit und Urlaub bestimmt. Kollektivverträge tragen zu gesamtwirtschaftlicher Stabilität und gerechter Einkommensverteilung bei.

Daseinsvorsorge für mehr Chancengleichheit

Aus- und Weiterbildung für Junge und Erwachsene bestimmen die Markteinkommen wesentlich: Ein Bildungssystem mit gleichem Zugang für alle unab-

hängig vom sozialen Hintergrund bietet Chancengleichheit mit großen Effekten auf die Einkommen. Ähnliches gilt für das Gesundheitssystem oder für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen Mobilität und damit mehr Auswahl an Jobs ermöglicht.

Der Staat beeinflusst durch Abgaben sowie Geld- und Sachleistungen aber auch die Sekundärverteilung. Hier erfolgt die Umverteilung hauptsächlich von den aktuell Beschäftigten, die Steuern und Beiträge zahlen, zu den Kindern, Kranken, Arbeitslosen oder PensionistInnen, die (sozial-) staatliche Leistungen in Anspruch nehmen. Im Laufe ihres Lebens sind alle Menschen in manchen Phasen NettoempfängerInnen, in anderen Phasen NettozahlerInnen.

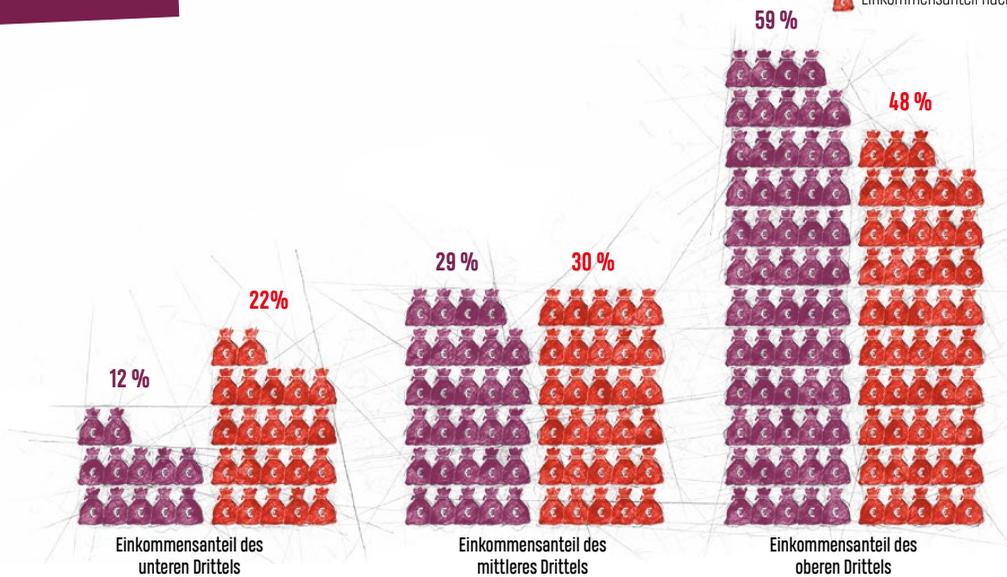
Unteres Drittel profitiert

Durch staatliche Umverteilung verdoppelt sich der Einkommensanteil des unteren Drittels nahezu von

DER SOZIALSTAAT SORGT FÜR MEHR GLEICHHEIT

Jedes Symbol = 1% des Gesamteinkommens.

 Einkommensanteil vor Umverteilung
 Einkommensanteil nach Umverteilung



Quelle: Rocha-Akis Silvia, Mayrhuber Christine, 2019

12 % beim Primäreinkommen auf 22 % beim Sekundäreinkommen. Jener des oberen Drittels verringert sich von 59 % auf 48 %. Bedeutend für die Umverteilung sind vor allem einkommensabhängige Abgaben, die zu 68 % vom oberen Einkommensdrittel geleistet werden. Wohlfahrtsstaatliche Sachleistungen (z. B. Gesundheit, Bildung) begünstigen alle, gemessen am Einkommen profitiert vor allem das untere Drittel. Hingegen verringern die Verbrauchssteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) den Anteil des unteren Drittels leicht.

Zum Weiterlesen:

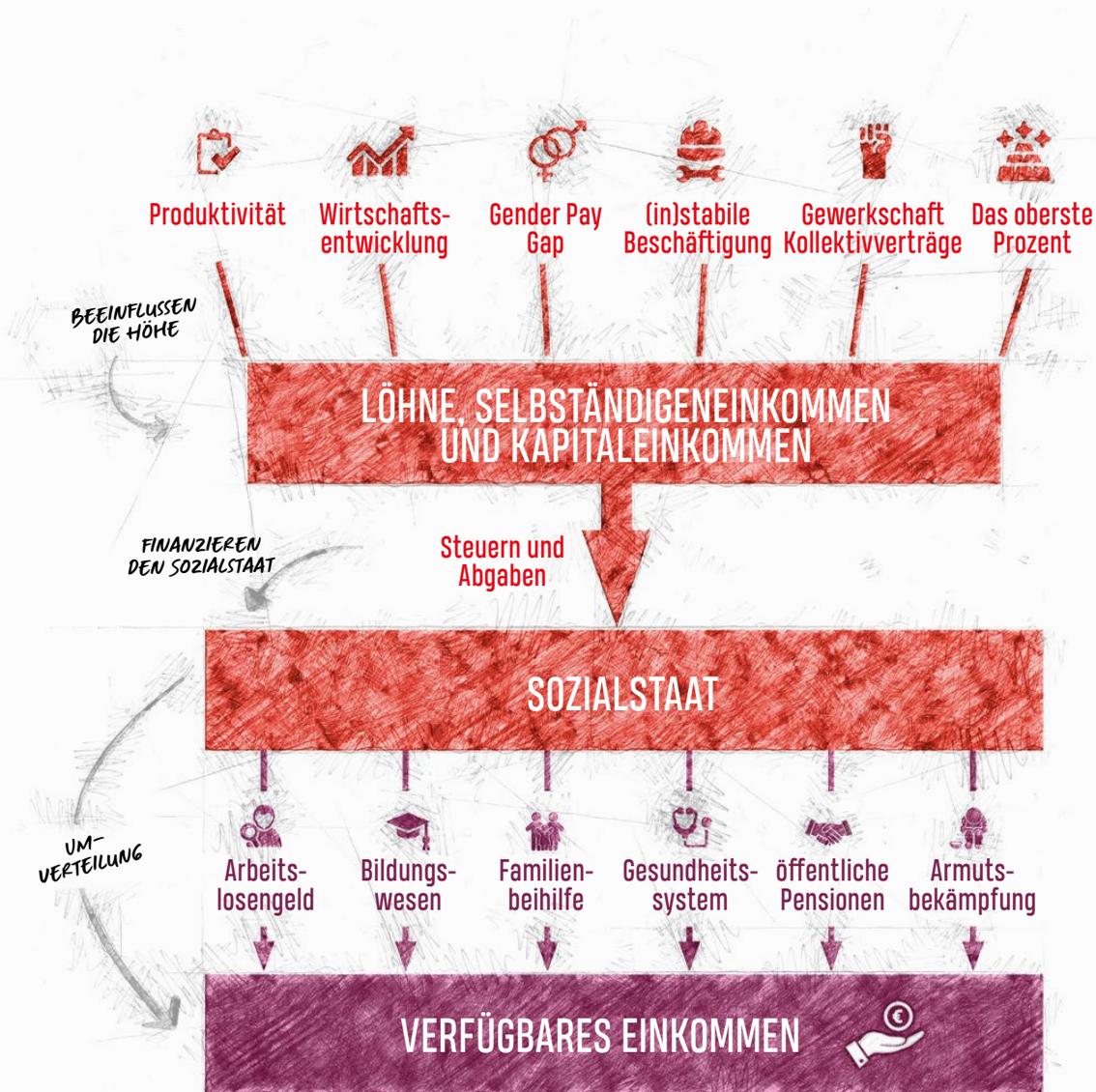
Atkinson, Anthony B. (2017): *Ungleichheit. Was wir dagegen tun können*, Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
 Rocha-Akis, Silvia/Mayrhuber, Christine (2019): *Umverteilung durch den Staat 2015 – Überblick über die Gesamteffekte*, WIFO Monatsberichte 92/5, S. 323-337.

FAKTEN

- Die Primärverteilung der Markteinkommen wird durch **gesetzliche sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Machtverteilung in der Wirtschaft** bestimmt.
- Mittels sozialstaatlicher Geld- und Sachleistungen verteilt der Staat von Erwerbstätigen zu Kranken, Arbeitslosen, Familien und Älteren um. **Im Laufe des Lebens profitieren alle sozialen Gruppen, da alle einmal jung, krank oder alt sind.**
- Durch **staatliche Umverteilung verdoppelt sich der Einkommensanteil des unteren Drittels**. Die Umverteilung erfolgt insbesondere durch wohlfahrtsstaatliche Sachleistungen (Gesundheit, Bildung) und progressive Einkommensteuern.

AUF EINEN BLICK

EINKOMMEN UND UMVERTEILUNG



FORDERUNGEN

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT, JETZT!

In gleicheren Gesellschaften leben alle Menschen besser. Ungleichheiten abzubauen, heißt die Lebensqualität zu verbessern. Die gerechtere Verteilung von Einkommen und Lebenschancen ist der zentrale Schlüssel dafür.



ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN UND DEN SOZIALSTAAT AUSBAUEN: Kollektivvertragliche Lohnerhöhungen und sozialstaatliche Leistungen bilden die Pfeiler für den hohen materiellen Wohlstand der Vielen. Wir brauchen eine starke Offensive im Ausbau öffentlicher Leistungen vor allem in den Bereichen Gesundheit und Pflege.



ARBEITNEHMERINNEN AM WOHLSTAND BETEILIGEN: Für die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands sind gute Arbeitsbedingungen, kollektivvertraglich gesicherte Löhne und produktivitätsorientierte Realloohnerhöhungen unerlässlich.



STABILE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSIE SICHERN: Sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie betriebliche Anreize für stabile Beschäftigung und Erhöhung der Kosten von Beschäftigungsunterbrechungen, sowie Kollektivverträge für bisher nicht erfasste Branchen und Beschäftigtengruppen, fördern stabile Beschäftigung.



GENDER PAY GAP BESEITIGEN: Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern lassen sich durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Neubewertung von Arbeit, mehr Lohntransparenz und Anreizen für die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verringern.



VOLLBESCHÄFTIGUNG UND FINANZMARKTREGULIERUNG: Vollbeschäftigung muss wieder das zentrale Ziel der Wirtschaftspolitik werden. Gleichzeitig gilt es durch strenge Regulierung sicherzustellen, dass der Finanzsektor der Realwirtschaft dient. Das stabilisiert die Lohnquote und die Konjunktur gleichermaßen.



PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON VERMÖGENSEINKOMMEN: Die meisten leistungslosen Vermögenseinkommen sind steuerlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Die Einführung einer progressiven Besteuerung für Vermögenseinkommen bringt mehr Gerechtigkeit für arbeitende Menschen.



MANAGERINNEGÄHÄLTER BEGRENZEN: Das Verhältnis zwischen Löhnen und ManagerInnengehältern wird immer ungleicher. Höchstgrenzen und eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und Einkommen der Belegschaft sind Instrumente um die Ungleichheit zu reduzieren.



ARMUT BEKÄMPFEN: In einem reichen Land wie Österreich sollte es keine Armut geben. Das erfordert gezielte sozialpolitische Maßnahmen: Dazu zählen der Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, die Bekämpfung von Armut trotz Arbeit durch bessere Erwerbschancen und verbesserte Bildungschancen für Kinder aus armen bzw. armutsgefährdeten Familien.



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT JETZT: Verteilungspolitik muss zunächst beim Primäreinkommen ansetzen und durch Regulierung der Märkte, Bildungs- und Gesundheits-, sowie Beschäftigungs- und Lohnpolitik gerechte Einkommenserzielungschancen herstellen. In der Sekundärverteilung sind ein progressives Steuersystem und ein gutes Angebot an wohlfahrtsstaatlichen Sachleistungen zentral.

GLOSSAR

WICHTIGE BEGRIFFE SCHNELL ERKLÄRT

Arbeitsmarktsegmentierung

Teile des Arbeitsmarktes, die sehr ungleich besetzt sind. In Branchen wie z. B. dem Handel oder dem Gesundheits- und Sozialwesen gibt es einen Überhang an weiblichen Arbeitnehmerinnen. Oftmals sind gerade in diesen Bereichen atypische Beschäftigungsverhältnisse häufiger und die Bezahlung ist niedriger.

Atypische Beschäftigung

Als atypische Beschäftigung gilt jede Form der Arbeit, die von der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung („Normalarbeitsverhältnis“) abweicht. Dazu zählen: Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Dienstverträge, freie Dienstverträge, „neue Selbständigkeit“, digitale Arbeitsformen („crowdwork“) oder Leih- und Zeitarbeit. Besonders betroffen sind Frauen, aber auch in der Gesamtbetrachtung ging der Anteil an Beschäftigten in Vollzeitarbeitsverhältnissen zwischen 2000 und 2017 von 84 auf 71 % zurück.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Wird als Maß der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft verwendet. Es handelt sich dabei um den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die innerhalb eines Jahres in einem Land hergestellt wurden (ohne Importe und Vorleistungen).

Immaterieller Wohlstand

Wohlstand, der nicht durch Konsum gedeckt werden kann. Gemeint ist beispielsweise öffentliche Infrastruktur (z. B. Krankenversorgung, Bildungswesen).

Kaufkraftstandards

Recheneinheit, die unterschiedliche Preisniveaus verschiedener Länder berücksichtigt, um die Kaufkraft zwischen Ländern vergleichen zu können.

Markteinkommen

Siehe auch **Primäreinkommen**.

Median

Der Median teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen, wobei die eine Hälfte mehr und die andere Hälfte weniger verdient.

Mittelwert (Durchschnitt)

Für die Berechnung des Mittelwerts teilt man die Summe der Einkommen durch die Anzahl der EinkommensbezieherInnen. Sehr hohe Einkommen ziehen den Mittelwert nach oben, weshalb der Median für die wissenschaftliche Analyse bevorzugt wird.

Nettoeinkommen

Das Bruttoeinkommen abzüglich der gesetzlich geregelten Steuern und Abgaben, wie Einkommenssteuer, Pensionsversicherung, Krankenversicherung, etc.

Nominallohn

Der tatsächlich ausbezahlte Lohn, der die Preisentwicklung aber nicht berücksichtigt.

Nominallohnerhöhung

Lohnerhöhung ohne Berücksichtigung der Veränderung der Kaufkraft. Bei einer Inflation von 2 % und einer Nominallohnsteigerung von 3 % wird der Reallohn um 1 % erhöht.

Perzentil

Sortiert man Einkommen der Bevölkerung der Höhe nach und unterteilt sie in 100 gleichgroße Gruppen, erhält man 100 Perzentile. Das 20. Perzentil bedeutet, dass 20 % der Bevölkerung weniger und 80 % mehr verdienen.

Primäreinkommen

Das jeweilige Einkommen vor Umverteilung durch Steuern und Abgaben.

Produktivitätsorientierte Kollektivvertragspolitik

In den kollektivvertraglichen Verhandlungen sollen Lohnerhöhungen in der Höhe des Produktivitätsfortschritts vorgenommen bzw. Lohn und Produktivität angeglichen werden.

Real verfügbares Äquivalenzeinkommen

Das Einkommen eines Haushalts nach Steuern und Abgaben sowie staatlichen Transferleistungen, das für Konsumausgaben und Sparen bleibt. Äquivalenziert bedeutet, dass das Haushaltseinkommen auf Einzelpersonen umgerechnet wird, wobei Erwachsene stärker berücksichtigt werden als Kinder.

Reallohn

Einkommen unter Berücksichtigung der Inflationsrate (Teuerung), daraus ergibt sich die reale Kaufkraft der Löhne.

Reallohnerhöhung

Eine Lohnerhöhung, die die Inflationsrate übersteigt, und somit zu einer Steigerung der Kaufkraft führt.

Sekundäreinkommen

Einkommen nach Steuern, Abgaben und staatlichen Transferleistungen (z. B. Familienbeihilfe, Wohnbeihilfe).



Genug
vom Fischen
im Trüben?

A&W
blog

awblog.at

120.461.000



120 Millionen Menschen, also jede 5. Person in der EU ist von Armut betroffen. Die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt.

www.inequalityin.eu



*Bei Ungleichheit
zieht es uns
die Schuhe aus*

WWW.VERTEILUNG.AT

*Marie Jahoda – Otto Bauer Institut.
Verein zur Förderung des Dialoges von Wissenschaft und Politik.*



